

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

(60. - öffentliche - Sitzung am 26. September 2019)

Beratungsthemen:

1. **Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand der Aufklärung der Fälle des Kindesmissbrauchs in Lügde**

hier: Beschlussfassung über die vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS) erbetene Zustimmung zur Übersendung der Niederschriften über den vertraulichen Teil der 40. Sitzung am 21.03.2019, den nicht öffentlichen Teil der 43. Sitzung am 23.05.2019 und den vertraulichen Teil der 50. Sitzung am 06.06.2019 des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung durch das MS zur Einsichtnahme der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses IV („Kindesmissbrauch“) sowie der Beauftragten der Fraktionen des Landtages Nordrhein-Westfalen

Der Ausschuss stimmte der Übersendung der o. a. Niederschriften durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zur Einsichtnahme der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses IV („Kindesmissbrauch“) sowie der Beauftragten der Fraktionen des Landtages Nordrhein-Westfalen zu.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

2. **Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung zu den in der Presse berichteten Vorwürfen gegen den rumänischen Jugendhilfeträger Maramures**

Der Ausschuss nahm die Fortsetzung der Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020 - HG 2020 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4285](#) neu

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2019 - 2023**

Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/4410](#)

Der Ausschuss setzte die **Einzelberatung** zu dem **Einzelplan 05** - Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - unter Einbeziehung der MiPla 2019 - 2023 fort und schloss sie ab.

Der Ausschuss nahm den Gesetzentwurf zu a) und die Unterrichtung durch die Landesregierung zu b) jeweils zustimmend zur Kenntnis.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, FDP, AfD

Außerhalb der Tagesordnung:**Terminplanung**

Der Ausschuss kam überein, in der Sitzung am 7. November 2019 eine ganztägige mündliche Anhörung zu dem Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU in der Drucksache 18/3663 betr. „Ambulante Pflege sichern - Tarifvertrag Soziales zügig realisieren“, zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/3649 betr. „Den drohenden Notstand in der ambulanten Pflege verhindern - aufsichtsrechtliche Möglichkeiten nutzen“ und zu dem Antrag der AfD-Fraktion in der Drucksache 18/3924 betr. „Niedersächsische Pflege nachhaltig stärken“ durchzuführen. Der Kreis der Anzuhörenden soll der Landtagsverwaltung zeitnah von den Fraktionen mitgeteilt werden.